

22. Parteitag der DKP

2. – 4. März 2018, Frankfurt/Main



Arbeitsheft 5

Anträge zum Antrag

Für Frieden, Arbeit, Solidarität – Die DKP stärken

★ Anträge P001 – P058



Inhalt

Anträge P001 – P058

Seite 3

Antrag Nr. P001

Antragsteller: Parteivorstand

Antragstext

Der Antrag „Für Frieden, Arbeit, Solidarität – Die DKP stärken“ liegt in gedruckter Form in einem separaten Heft vor

Dieser Antrag ist Grundlage der Antragsdebatte.

Antrag Nr. P002

Antragsteller: Minden

Zeilen: allgemeine Bemerkungen/Stellungnahme

Antragstext

Stellungnahme zum Antrag zur Parteistärkung an den 22. Parteitag

Wir unterstützen die Orientierung auf die politischen Felder, wie sie in der Einleitung aufgeführt sind. Der Zusatz, dass die Verbindung zwischen gesellschaftlichen Protestbewegungen und den Gewerkschaften herzustellen ist, wäre zu ergänzen. Gesellschaftliche Protestbewegungen sind oft schneller und flexibler im Aufgreifen wichtiger gesellschaftlicher Konflikte, sie sind andererseits ohne aktive Unterstützung der Gewerkschaften nicht durchsetzungsfähig. Sie können zur Politisierung und zum Aufbrechen von Betriebsfixiertheit beitragen. Allerdings lassen sich derartige Orientierungen bereits im geltenden Parteiprogramm finden.

Die Zielsetzung des Antrags ist ehrgeizig, besonders angesichts der Krise der Partei. Sollen die Ziele nicht ähnlich wie Beschlüsse vorangegangener Parteitage nur auf dem Papier stehen bleiben, sind Einsatzbereitschaft, Kreativität und die Erfahrungen der gesamten noch vorhandenen Partei erforderlich. Die „Begleitmusik“ der Diskriminierung von Genossinnen und Genossen, die nach eigenem Bekunden auf dem Boden von Parteiprogramm und Statut wirken (das Gegenteil wurde nicht bewiesen) steht dem völlig entgegen.

Eine Analyse der jetzigen politischen Wirkungsbereiche der Gen. müsste die Grundlage der Parteientwicklung sein. Sie fehlt bis heute, von globalen Einschätzungen abgesehen. Zur Realität gehört, dass es verschiedene politische Ansätze und Schwerpunktsetzungen in der Partei gibt und leider auch Tendenzen, die jeweiligen eigenen Erfahrungen zu verabsolutieren. Differenzierte Lebensrealitäten unserer Gen. spiegeln die zerklüftete gesellschaftliche Realität wider. Der gesellschaftliche Rückgang von solidarischem Verhalten geht auch an uns nicht spurlos vorüber und findet seinen Ausdruck in Formen des unsolidarischen Umgangs miteinander, der Rechthaberei und eines Mangels an Selbstkritik. Eine Gegenkultur kann nur ein solidarisches Miteinander sein.

Es gibt verschiedene Erfahrungshorizonte und viele offene Fragen. Vorhandene Gemeinsamkeiten drohen hinter zugespitzten Differenzen unsichtbar zu werden. Verstehen wir es nicht, diese Differenzen sachlich zu reflektieren und politisch konstruktiv zu nutzen, werden wir in dieser Gesellschaft nicht politisch wirksam werden können, sondern drohen zu einem immer überschaubareren Kreis zu werden, der sich zunehmend mit sich selbst beschäftigt.

Gefragt ist in dieser Situation nicht mehr Zentralismus, sondern die Betonung des demokratischen Elements unserer Organisationsprinzipien. An die Stelle von Etikettierungen müssen der Austausch und streitbare aber solidarische Debatten treten. Wenige konkrete politische Ziele zu beschließen und diesen Prozess systematisch zu organisieren sollte im Mittelpunkt stehen. Ein Parteitag als Arbeitstagung wäre am sinnvollsten.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Weiterleitung als Arbeitsmaterial an den PV

Begründung:

Die Antragsteller stellen keine konkreten Änderungsanträge. Sie kommentieren die Lage der Partei vor ihrem Erfahrungshintergrund. Ihren Bewertungen kann die AK in etlichen Punkten zustimmen.

Insbesondere folgenden Sätzen:

„Vorhandene Gemeinsamkeiten drohen hinter zugespitzten Differenzen unsichtbar zu werden. Verstehen wir es nicht, diese Differenzen sachlich zu reflektieren und politisch konstruktiv zu nutzen, werden wir in dieser Gesellschaft nicht politisch wirksam werden können, sondern drohen zu einem immer überschaubareren Kreis zu werden, der sich zunehmend mit sich selbst beschäftigt.“

Der Leitantrag stellt nach Meinung der AK eine kritisch-realistische Analyse des Standes der Parteientwicklung und der jetzt notwendigen Hauptaufgaben dar. Er geht von dem gemäß unseren Parteidokumenten und Parteitagsbeschlüssen definierten Charakter und historischen Aufgaben einer KP aus, die ihre Politik und ihre Parteikonzeption auf den Lehren von Marx, Engels und Lenin, dem Marxismus-Leninismus, aufbaut. Er legt insbesondere großes Gewicht darauf, die stark gelockerte Verankerung in der Arbeiterklasse und die geschwächte politisch-organisatorische Einheit der Partei mit aller Energie wieder zu festigen. Insofern sieht die AK die Intentionen der Antragsteller in der überarbeiteten Fassung des Leitantrages wie auch des Dokumentes zur Parteientwicklung gut aufgehoben.

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P003

Antragsteller: Treptow-Köpenick

Zeilen: allgemeine Bemerkungen/Stellungnahme

Antragstext

Den zweiten zentralen Antrag des PV an den 22. Parteitag, haben wir auf unserem Gruppentreffen am 04.01.18 ausführlich analysiert und diskutiert. Eurem Anspruch, die DKP auch durch die Verbesserung der organisationspolitischen Arbeit zu stärken, stimmen wir ausdrücklich zu.

In unserer Stellungnahme konzentrieren wir uns nur auf Schwerpunkte möglicher Optimierung, ohne punktuelle Änderungsanträge zu benennen:

1.2. Im Vergleich der beiden Anträge des PV fallen oftmals Doppelungen und Überschneidungen in den Begründungen auf. Während es richtig ist im Leitantrag den ideologischen Komplex umfassend zu behandeln, sollte sich der o. g. Antrag vordergründig mit organisationspolitischen Problemen befassen. Die bloße Beschreibung der gesellschaftspolitischen Realität ist teilweise umfassender als konkrete Vorschläge zur notwendigen Veränderung.

Zur strukturellen Stärkung der DKP gehören ohne Zweifel die Bündnisarbeit und die Absicherung der finanziellen Grundlagen. Beide Punkte werden nach unserer Ansicht zwar benannt, aber nicht mit konkreten Festlegungen untermauert bzw. nur minimal behandelt.

Das trifft besonders auf die Benennung potenzieller Bündnispartner, außer den Gewerkschaften und der SDAJ, zu. Dieser Mangel wird besonders im Abschnitt 1.2 Kommunalpolitik deutlich. Im Abschnitt 4 Die Finanzbasis der DKP sichern muss dem Finanzplanung und der Rechenschaftslegung mehr Gewicht eingeräumt werden. Unsere Stellungnahme soll nicht den Eindruck erwecken, dass wir nur kritisieren wollen. Grundsätzlich findet der Antrag unsere Zustimmung, unter Beachtung der o. g. Einwände.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Überweisung als Arbeitsmaterial an den PV. Die Antragsteller stellen keine konkreten Änderungsanträge; sie geben Hinweise und Kommentare.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P004

Antragsteller: Wohngebietsgruppe Dortmund-Nord

Zeilen:

Antragstext

Die Partei wird von der ganzen Wucht der Niederlage von 1989/91 getroffen. Ohne den sicheren Rückraum und die vielfältige Unterstützung für Revolutionäre, die Existenz einer real existierenden, identitätsstiftende Systemalternative, ihre zentrierende ideologische Kraft ist die Einheit der kommunistischen Weltbewegung aufgebrochen und ihre ohnehin geringe Kraft in den kapitalistischen Zentren ist weiter dramatisch geschwächt. Zwar war die Einheit der Kommunisten immer gefährdet. Sie hat in den Konflikten, zunächst mit den jugoslawischen, später mit den chinesischen Genossen strategische Einbrüche hinnehmen müssen, die auch zu einer Verhärtung und Kanonisierung in Theorie und politischer Praxis beigetragen haben. Aber mit der ideologischen Abwicklung in der Gorbatschow-Phase und dann im Verlauf der Niederlage des Sozialismus brachen gewissermaßen die ideologischen Dämme. Viele Genossen verließen die Partei, teilweise in Schüben, in organisierter Form. Auch gegenwärtig ist die Partei mit einem solchen Prozess konfrontiert, der zusammen mit unserer Überalterung, die Existenz der Partei als bundesweit agierende Kampfgemeinschaft bedroht.

Dennoch ist es das große Verdienst der Partei, den einheitlich organisierten Marxismus, die Partei Luxemburgs, Liebknechts und Thälmanns, in Deutschland überhaupt erhalten zu haben. Dies gilt umso mehr, je weiter sich die PDL auch programmatisch von einem sozialistischen Ziel entfernt und ihren Platz in einem reformierten kapitalistischen Deutschland sucht. Doch zu einem hohen Preis. Die Partei hat unter der Dominanz der imperialistischen Bewusstseinsindustrie und angesichts der eigenen Schwäche und Niederlage viele wichtige Kader und Positionen in Betrieben, Hochschulen und Verwaltungen verloren. Ihre Auftritte und ihre politische Praxis wurden zunehmend defensiv. Prioritäre Bündnisarbeit, teilweise unter Vermeidung eines Bekenntnisses zur Partei, wurde – möglicherweise unbewusst – auch als ein gewisser Ausweg aus der Kompliziertheit eines eigenständigen Auftretens bevorzugt. Es ist bislang wohl nicht ausreichend gelungen, eine Begründung für eine kommunistische Partei im hier und jetzt, im imperialistischen Deutschland des 21. Jahrhundert so zu formulieren und zu verankern, dass dies als eine überzeugende Alternative, als ein gangbarer Weg erscheint. Hier liegt eine der wichtigsten Aufgaben für unsere ideologische Arbeit in der UZ und in der Bildung.

Dies alles kommt zu einer Zeit, in der die Existenz starker kommunistischer Parteien, einer starken DKP wichtiger ist denn je. Weder ist mit dem Ende der „Systemkonfrontation“ eine Friedensdividende ausgeschüttet worden, noch hat sich der Imperialismus als friedensfähig erwiesen, noch ist das „sozialdemokratische Jahrhundert“ angebrochen von dem greise SPD-Funktionäre träumten. Mit der Niederlage des Roten Oktober ist die disziplinierende Macht weggebrochen, die zwar den Imperialismus nicht gänzlich in Schach halten, ihm aber doch geostrategisch als auch sozialökonomisch gewisse Grenzen aufzeigen konnte, die er im Eigeninteresse nicht zu überschreiten vermochte.

Mit der neoliberalen Gegenreformation und der neokonservativen geostrategischen Offensive hat der Imperialismus zu sich selbst zurückgefunden. Damit ist der Spielraum für freiwillige Zugeständnisse an den Reformismus tendenziell auf Null geschrumpft. Hierin hat der Niedergang der reformistischen Parteien seine tiefere Ursache. Eine auch nur partielle Rückgewinnung der Fähigkeit diesen Prozess zu bremsen oder sogar partiell aufzuhalten, setzt die Rückgewinnung des Bewusstseins vom Klassenkampf, vom antagonistischen Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Kapitalisten voraus. Ein Bewusstsein, das der herrschenden Klasse sehr wohl und sehr ausgeprägt vorhanden ist, auch wenn sie sozialdemokratische Funktionäre sozialpartnerschaftlich einzulullen versuchen. Und es setzt das Bewusstsein voraus, dass der zerstörerische und menschenverachtende Imperialismus nicht das letzte Wort der Geschichte sein muss. Eine andere, eine humane Welt ist möglich.

Dieses Bewusstsein entsteht nicht von selbst. Ebenso wenig wie die bürgerliche Bewusstseinsproduktion, die ein hochorganisiertes mehrstelliges Milliardenunternehmen ist. Ohne starke, auch ideologisch starke kommunistische Parteien, ist es den Millionen unmöglich sich gegen die Milliardäre zu behaupten. Die Erfahrung zeigt seit den 1920er Jahren das alle Abspaltungen von der Partei zu keiner Stärkung, weder der Arbeiterbewegung noch der kommunistischen Parteien, geführt haben. Das wird auch gegenwärtig nicht der Fall sein.

Die Situation der Partei und die absolute Dominanz des Klassengegners erfordern von

uns mehr als es ohnehin geboten ist, eine möglichst konkrete und zutreffende Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse zu leisten. Welche Kämpfe werden tatsächlich geführt? Wo entwickelt sich Widerstand? Was bewegt die Klasse? Nur dann wird es uns gelingen, unsere Kräfte auf die richtigen Punkte zu konzentrieren, unsere unmittelbaren Aufgaben zu bestimmen und mit den Erfahrungen der Praxis wiederum unsere Theorie- und Strategieentwicklung zu bereichern. Wollen wir das erreichen, brauchen wir aber auch eine möglichst gut organisierte Partei, mit funktionierenden Strukturen, Kollektivität in Diskussion und Aktion, Anleitung, kritische Betrachtung der eigenen Arbeit und Solidarität untereinander. In dem Wissen, dass es nicht zuletzt auf uns wenige „Gefährten im Zorn und im Streit“ ankommen wird, damit ein neuer Oktober doch noch die Chance auf eine menschliche Gesellschaft eröffnen kann.“

Begründung:

Wenn das zweite der beiden Oberkapitel des Leitantes schon „Der Kampf der Kommunistinnen und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland“ heißt, dann sollten wir eine Einschätzung der Lage unserer Partei an sich und im Rahmen der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht aussparen. Die Verständigung über die konkrete Situation, in der wir uns als Partei befinden, hilft primär auch dabei, die richtigen Schlussfolgerungen und Aufgabenbestimmungen zu treffen. Ganz nach dem Motto: wer die eigene Position nicht kennt, findet auch nicht den richtigen Weg. Das leistet der Antrag bislang nicht, wenngleich der zweite Antrag des PV an den Parteitag hier begrüßenswerte Schritte gemacht hat.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Überweisung an den Parteivorstand als Arbeitsmaterial.

Begründung:

Der Antrag war ursprünglich als Änderungsantrag zum Leitantes des PV gestellt worden. Die AK sieht ihn aber thematisch besser aufgehoben beim Antrag zur Parteientwicklung.

Die Antragsteller stellen keine konkreten Änderungsanträge. Sie kommentieren – ähnlich wie der Antrag aus Minden – die Lage der Partei vor ihrem Erfahrungshintergrund.

Sie formulieren allgemeine politische Erwartungen und Ansprüche an die Arbeit der Partei, denen die AK auch teilweise zustimmen kann, die aber im Entwurf des PV Antrages konkreter analysiert werden und aus denen dann auch konkretere Schlussfolgerungen – insbesondere zur Betriebs- und Gewerkschaftsorientierung abgeleitet sind als im Entwurf der Antragsteller. Insofern lautet unsere Empfehlung, den Antrag als Arbeitsmaterial für die bevorstehende weitere programmatische und strategische Debatte zu nutzen.

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P005

Antragsteller: Stuttgart Nord

Zeilen: 1

Antragstext

Überschrift umstellen:

„Die DKP stärken! – Für Frieden, Arbeit, Solidarität!“

Begründung: Stellt unsere Hauptaufgabe in den Vordergrund.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Ablehnung

Begründung:

Die Stärkung der DKP ist kein Selbstzweck. Diese ergibt sich aus der Notwendigkeit für die aktuellen und auch grundsätzlichen Aufgaben besser gerüstet zu sein.

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P006

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 13–15

Antragstext

(Satz 2) neu fassen wie folgt:

„Es gilt, zusammen mit den arbeitenden Menschen ihre dringendsten Probleme aufzugreifen und sie zu mobilisieren, selbst für ihre Interessen aktiv zu werden.“

Begründung:

Wir sollten als Partei mit den Menschen Politik entwickeln, aber keine Stellvertreterpolitik betreiben.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P007

Antragsteller: WG Essen-Frohnhausen-Holsterhausen

Zeilen: 15–18

Antragstext

Ersatz von „Es gilt...“ bis „...verändern.“

„Es gilt, Aktivitäten in diesem Sinne zu initiieren bzw. zu unterstützen. Es gilt, Positionen der DKP zu entwickeln und damit offensiv auf andere zuzugehen, um Wege aufzuzeigen, wie diese dringendsten Probleme angegangen werden können. Dies ist zugleich ein Beitrag, die Kräfteverhältnisse in diesem Land auf mittlere Sicht zu verändern.“

Begründung:

Mit „Forderungen aufstellen“ gehen wir keine Probleme an. Hier ist der Weg eindeutiger formuliert.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P008

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 29–38

Antragstext

(Sätze 1 und 2) neu fassen wie folgt:

„Tarifkämpfe z. B. für mehr Lohn, Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsplatzsicherung und Personalmindeststandards an Kliniken, Kämpfe um ein Rentenniveau, das zum Leben reicht, gegen Sozialraub und Aufrüstungspläne kommen zunehmend in Konflikt mit dem Profitstreben des Kapitals, machen die Widersprüche des Kapitalismus sichtbar, rücken das Monopolkapital als Hauptgegner in den Blick und führen objektiv an die Systemfrage heran. Aufgabe der DKP als der kommunistischen Partei in Deutschland ist es, Kämpfe praktisch und politisch

zu unterstützen bzw. – wo nötig und möglich – zu initiieren, in denen sich die Arbeiterklasse an Teilforderungen formiert, Klassenbewusstsein entwickelt und ihre Ausstrahlung auf andere nichtmonopolistische Schichten erhöht, um mit ihnen im Bündnis weitergehende Forderungen durchzusetzen.“

Satz 3 streichen

Begründung:

1. Wir sollten nicht nur die gerade aktuellen, sondern die längerfristig wichtigen Felder des Klassenkampfes auf ökonomischem und sozialem Gebiet nennen, wenn wir unsere Strategie umreißen wollen.
2. Kämpfe entwickeln sich nicht spontan (obwohl häufig genug ohne unser Zutun!), sondern bedürfen einer bewussten Vorbereitung und Anlage.
3. Wir sollten „solche Prozesse“ nicht nur befördern, sondern auch initiieren, wo es möglich und notwendig ist.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P009

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 40–46

Antragstext

neu fassen wie folgt:

„Wir wollen mit den Kolleginnen und Kollegen kämpfend lernen und lernend kämpfen, an die gemeinsam gemachten Erfahrungen anknüpfen, weitergehende Einsichten fördern und Vorschläge zur Strategie und Taktik machen. So wollen wir zur Entwicklung von Klassenbewusstsein und zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses beitragen, an die Systemfrage heranführen sowie die Notwendigkeit des Sozialismus verdeutlichen. Der Kampf um die Stärkung der DKP ist eine Frage der Zukunft der Arbeiterbewegung, eine politische Notwendigkeit über unsere Reihen hinaus und zentrale Aufgabe und Verpflichtung für uns Kommunistinnen und Kommunisten.“

Begründung:

1. Dass wir die kommunistische Partei in Deutschland sind, kommt schon in unserem vorigen Änderungsantrag zum Ausdruck (Satz 2 im Vorschlag für eine Neuformulierung von Z.29–38), kann hier also entfallen.
2. Es geht darum, im gemeinsamen Kampf mit unseren Kolleginnen und Kollegen Erfahrungen und Vorschläge zu machen und dabei Klassenbewusstsein zu begründen und zu entwickeln, nach und nach das Kräfteverhältnis zu verändern und den Sozialismus zu propagieren – und dies nicht nacheinander, sondern gleichzeitig.
3. Von der Frage der Stärkung und Weiterentwicklung der DKP hängt nicht unbedingt die Zukunft allgemein ab, sie ist aber sehr wohl wichtig für die Zukunft der Arbeiterbewegung.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme mit veränderter Formulierung:

Die Kommunistinnen und Kommunisten haben „keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennte Interessen“ (Manifest der Kommunistischen Partei). Sie leben und kämpfen mit der Arbeiterklasse; sie knüpfen an den gemeinsam gemachten Erfahrungen an und fördern weitergehende Einsichten. Sie machen Vorschläge zur Strategie und Taktik, wollen an die Systemfrage heranführen, sowie die Notwendigkeit des Sozialismus verdeutlichen. Sie wollen „der entscheidendste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder“ sein.

Das ist eine Verpflichtung zum gemeinsamen Lernen, denn nur so realisieren sie den Anspruch: „Sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“(Manifest der Kommunistischen Partei)

Der Kampf um die Stärkung der DKP ist eine Frage der Zukunft der Arbeiterbewegung, eine politische Notwendigkeit über unsere Reihen hinaus und zentrale Aufgabe und Verpflichtung für uns Kommunistinnen und Kommunisten.

Begründung:

Die Dialektik der Gemeinsamkeit des Lernens, Kämpfens und Lebens als Teil der Klasse sowie der besonderen politischen Anforderungen an die KP sollte mit dieser Umformulierung noch stärker betont werden.

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P010

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 48–57

Antragstext

neu fassen wie folgt: Satz 1+2 streichen, ersetzen durch:

„Der Kampf um die Stärkung der DKP ist umso nötiger, als die DKP heute den Anforderungen an eine kommunistische Partei nicht genügt. Wir ringen um eine zeitgemäße Strategie und haben ideologische Schwächen. Vielerorts fehlt es uns personell und strukturell an Stärke.“

Weiter mit Satz 3. Satz 4 wie folgt fassen:

„Die Strategie und der einheitliche Charakter der DKP sind in den letzten Jahren in Teilen der Partei in Frage gestellt oder sogar aufgekündigt worden. Eine zurückgehende Verankerung in Betrieb und Gesellschaft erschwert die Erarbeitung tragfähiger Einschätzungen ökonomischer und politischer Entwicklungen. Längerfristige Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Partei bleiben nicht ohne Einfluss auf das Politik- und Parteiverständnis von Teilen unserer Mitgliedschaft.“

Weiter mit Satz 5 wie folgt:

„Folge dieser Entwicklungstendenzen sind Unverbindlichkeit in der Parteiarbeit, Mängel in der Beschlussdisziplin im Allgemeinen und Fraktionierung im Besonderen, eine wenig kollektive Arbeitsweise sowie fehlende Klarheit über die einzuschlagende Entwicklungsrichtung der Partei auf Gruppen-, Kreis-, Bezirks- und Landesebene.“

Begründung:

1. Wir müssten auch um unsere Stärkung kämpfen, wenn wir den Anforderungen genügen würden.
2. Wir haben nicht nur organisationspolitische, sondern auch ideologische und personelle Schwächen.
3. Wir sollten analysieren, woher die genannten Probleme rühren. Neben den „großen“ inhaltlichen, nämlich ideologischen und strategischen Fragen (u. a.: Was tun Revolutionäre in nichtrevolutionären Zeiten? Wie verarbeiten wir die Niederlage von 1989/91?), die eher im Leitantrag zu behandeln wären, haben sie eine objektive Grundlage, die sehr viel mit dem Grad unserer Massenverankerung und der veränderten sozialen Zusammensetzung der Partei zu tun hat. Diese objektive Problemlage sollten wir herausarbeiten, um von der Ebene persönlicher Schuldzuweisungen soweit wie möglich wegzukommen und – vor allem – Hebel zu ihrer Überwindung zu finden.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P011

Antragsteller: WG Essen-Frohnhausen-Holsterhausen

Zeilen: 52–57

Antragstext

Neuformulierung von „Der einheitliche...“ bis „entwickeln wollen.“

Der einheitliche Charakter der DKP wurde von Teilen der DKP, vor allem von ehemaligen Leitungsmitgliedern auf Bundesebene, in den letzten Jahren in Frage gestellt und zum Teil aufgekündigt. Ausdruck davon sind Unverbindlichkeit in der Parteiarbeit, Mängel in der Beschlussdisziplin im Allgemeinen und Fraktionierung im Besonderen, eine wenig kollektive Arbeitsweise sowie eine fehlende Orientierung, wie sich Gruppen, Kreise, Bezirke bzw. Landesorganisationen entwickeln sollen. Das alles müssen wir als gesamte Partei wieder neu lernen.

Begründung:

Hier kann schon deutlich benannt werden, woher diese Entwicklung kommt und sie wurde ja auch aktiv betrieben. Der neue Satz am Ende ist eine bessere Überleitung zur Avantgarde im nächsten Absatz.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu P010

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P012

Antragsteller: Stuttgart Nord

Zeilen: 2–57

Antragstext

ersetzen durch:

„Sozialismus oder Barbarei – Die Frage nach einem Bruch mit den kapitalistischen Verhältnissen, die Frage nach einer Zukunft ohne Ausbeutung, Faschismus und Krieg stellt sich immer drängender. Unser strategisches Ziel ist der Sozialismus, dafür brauchen wir eine starke, in der Arbeiterklasse verankerte Partei.“

Begründung:

Kürzer, der Rest wird im Leitantrag beschlossen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Die AK teilt grundsätzlich den Wunsch der Antragsteller nach Kürzungen. Die Anfangspassagen des Antrags zur Parteientwicklung begründen in geraffter Form die aktuellen Kampfbedingungen für die DKP. In ihrer Kompaktheit sind sie die Basis für die daraus entwickelten Aufgaben. Sie ersetzen nicht die ausführlicheren Analysen des Leitantrages. Wir haben es mit zwei zusammenhängenden Hauptdokumenten zu tun, sie benötigen aber für die jeweiligen Zwecke eigene Erläuterungen.

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P013

Antragsteller: WG Hamburg-Bergedorf

Zeilen: 55

Antragstext

im allgemeinen und Fraktionierung – ändern in: und der Gefahr zur Fraktionierung

Begründung:

Mit der jetzigen Formulierung wird der Eindruck erweckt, dass die in der DKP bestehenden unterschiedlichen Strömungen bereits Fraktionen seien. Das ist nicht Beschlusslage.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Ablehnung

Begründung:

Der 21. Parteitag und die 6. PV-Tagung haben in ihren Beschlüssen eindeutig von „Fraktionsbildung“ gesprochen.

Dies ist mit dem Statut der DKP (Artikel 2, Absatz 3) und mit dem marxistisch-leninistischen Parteiverständnis nicht vereinbar.

Die Einheit und Geschlossenheit der Kommunistischen Partei beruht auf der gemeinsamen Weltanschauung des wissenschaftlichen Sozialismus: den Lehren von Marx, Engels und Lenin, des Marxismus-Leninismus, sowie auf der gemeinsamen und demokratisch erarbeiteten beschlossenen Programmatik, auf dem Statut, den Beschlüssen der Parteitage und des von ihm gewählten Führungsorgans, des Parteivorstandes.

Beschlüsse von Parteitagen und den gewählten Führungsorganen sind auch für diejenigen verbindlich, die sich in der Diskussion und bei den Abstimmungen vorher gegen diese Beschlüsse ausgesprochen hatten.

Die Mehrheitsbeschlüsse sind auch für die Minderheit verbindlich. Der Grundsatz der „Freiheit der Diskussion und Einheit in der Aktion“ ist das „Grundgesetz“ der Partei. Dem darf nicht durch eigene Strukturen und Beschlüsse widersprochen werden.

Dazu legten die „Statuten des Bundes der Kommunisten“ bereits fest:

„Art. 2 Die Bedingungen der Mitgliedschaft sind:

...

C) Bekennung des Kommunismus;

...

E) Unterwerfung unter die Beschlüsse des Bundes; ...“

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P014

Antragsteller: WG Hamburg-Bergedorf

Zeilen: 62

Antragstext

zu etablieren – ändern in: zu entwickeln und als solche zu verankern

Begründung:

die jetzige Formulierung erweckt den Eindruck, dass die DKP in der Lage wäre Genn. und Gen. in den Betrieben einzusetzen. Es geht jedoch darum Genn. u. Gen. in den Betrieben zu kommunistischen Persönlichkeiten zu entwickeln.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P015

Antragsteller: WG Essen-Frohnhausen-Holsterhausen

Zeilen: 67

Antragstext

„eine“ muss ergänzt, ein „und“ gestrichen werden, damit der Satz Sinn macht
„...Gebieten eine Reorganisation der DKP ~~und~~ zu ihrer umfassenden Stärkung brauchen.“

Begründung: Redaktionell

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P016

Antragsteller: WG Hamburg-Bergedorf

Zeilen: 73

Antragstext

an die Massen herangehen – ändern in: an die Betriebe herangehen

Begründung:

In den Zeilen 72 bis 77 geht es um die Orientierung auf die Betriebe und Gewerkschaften. Das sollte auch klar zum Ausdruck kommen

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme in leicht geänderter Form:

„... an die Massen der Werktätigen herangehen, uns in den Betrieben und Gewerkschaften verankern und die Kämpfe ...“

Begründung:

Es geht um die Verbindung mit der Klasse insgesamt: das bedeutet in Betrieben, Gewerkschaften, Wohngebieten und anderen Organisationen der Klasse.

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P017

Antragsteller: Stuttgart Nord

Zeilen: 75–77

Antragstext

ersetzen durch:

„Unsere Aufgabe ist es Klassenbewusstsein zu schaffen und zu helfen, die Organisiertheit und Kampfbereitschaft der Klasse zu vergrößern. Dazu gehört auch der Kampf gegen den Opportunismus der sich z. B. in Sozialpartnerschaft und Standortlogik äußert.“

Begründung:

Aufgaben in der Gewerkschaftsarbeit werden klarer benannt.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt durch Zeilen 22–27 des Originaltextes

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P018

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 83

Antragstext

Satz 1 neu fassen wie folgt:

Streichen: „intensivieren“, ersetzen durch: „entwickeln“

Begründung:

Was intensiviert werden soll, muss zunächst einmal da sein. Und es gibt nicht nur einzelne weiße Flecken auf der Landkarte, wo wir auf kommunaler Ebene keine (Arbeiter)politik betreiben. Das Wort „entwickeln“ würde beides umfassen: den Beginn und – wo bereits vorhanden – die Weiterentwicklung von Interessenvertretungspolitik.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P019

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 84–87

Antragstext

Satz 3 + 4 neu fassen wie folgt:

„Soweit wir dies nicht im Betrieb tun können, wollen wir ausgehend von tagesaktuellen Auseinandersetzungen dort, wo die Arbeiterklasse lebt, mit ihr und in ihrem Interesse autonome Interessenpolitik entwickeln. In unserer Betriebsarbeit wie in unserer Kommunalpolitik hat für uns die praktisch-politische Interessenvertretung Vorrang vor dem Kampf um Mandate. Entscheidendes Kriterium ist es, wie wir die Betroffenen selbst für den Kampf für ihre Interessen aktivieren können.“

Begründung:

Wir sollten

- den inneren Zusammenhang und das Verhältnis zwischen den beiden Standbeinen unserer Arbeiterpolitik sowie
- unser Verständnis kommunistischer Interessenvertretung (keine Stellvertreterpolitik, Vorrang des praktisch-politischen, außerparlamentarischen Kampfes vor dem Kampf um Mandate, Beitrag zur Veränderung des Kräfteverhältnisses leisten, Stärkung der Partei immer mitdenken)

darstellen. Im Ursprungstext kann man den Eindruck gewinnen, es gehe erstens um Mandate und zweitens um praktisch-politische Interessenvertretung. Es ist aber umgekehrt: erst kommt der Kampf und dann (vielleicht) die Mandate als Sahnehäubchen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P020

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 89

Antragstext

Streichen: „Intensivierung“, ersetzen durch: „Entwicklung“

Begründung:

S. o. Z. 83

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P021

Antragsteller: WG Essen-Frohnhausen-Holsterhausen

Zeilen: 94–114

Antragstext

Ersetzen durch:

Die Stärkung der DKP ist der Schlüssel zur Stärkung des Klassenkampfes in diesem Land. Wir haben daher die Pflicht, Schritte zu gehen, um die DKP mittelfristig wieder zu einer handlungsfähigen und schlagkräftigen Kampforganisation zu machen. Gleichzeitig sind unsere Kräfte begrenzt. Deshalb müssen wir sie in den nächsten Jahren auf die Bereiche Kommune und Betriebe konzentrieren. Dort können wir an den unmittelbarsten Interessen und Bedürfnissen der Arbeiterklasse ansetzen, Kämpfe initiieren und begleiten, Klassenbewusstsein schaffen und neue Mitglieder gewinnen.

Mit der Arbeit dort verbinden wir unseren Kampf gegen Faschismus, Militarismus und Krieg. Im Kampf für die eigenen Interessen lässt sich lernen, wer die wahren Verursacher von Flucht sind, auf wessen Seite die Faschisten stehen, wo das Geld steckt, was wir so dringend in den Kommunen, im Bildungs- und Gesundheitswesen brauchen. Der PV wird beauftragt, kampagnenartige Aktivitäten, wie z. B. gegen die 2%-Regelung der NATO, so zu gestalten, dass sie auf die Arbeitsschwerpunkte Kommune und Betrieb ausgerichtet sind.

Begründung:

Die beiden Abschnitte stehen im Widerspruch zum gesamten Papier. Der Antrag entwickelt eine sehr gute Linie, wie wir unsere Kräfte konzentrieren können, um den Klassenkampf und uns selbst zu stärken. Richtigerweise wird der Fokus auf Arbeiterpolitik in Kommune und Betrieb gelegt. In den zu streichenden Abschnitten wird dann aber auf 20 Zeilen eine Kampagne in einem anderen Themenfeld beschlossen, was sich in keinster Weise aus dem Rest des Antrags herleitet oder damit sinnvoll verbunden wird. Wir verstehen, welche Bedeutung der Kampf für Frieden heute hat. Wir sehen ebenfalls die die Gefahr, die in der immer aggressiveren NATO-Strategie gegenüber Russland und China liegt. Dagegen richtet sich unser Antrag nicht. Wir sind aber der Überzeugung, dass dieses Thema sich weniger als Linie für unsere Arbeit in Kommune und Betrieb anbietet, weil

- wir kaum noch über Verankerungen in den Betrieben und Verwaltungen verfügen. Wir sind, zumindest flächendeckend, gar nicht in der Lage, dieses Thema dort aufzuwerfen, weil wir in der Regel „von außen“ agieren.
- Die beherrschenden Themen, selbst in den gewerkschaftlich gut organisierten und oder aktiven Belegschaften, die unmittelbaren sozialen Interessen und Bedürfnisse sind. Wir sind insgesamt an einem Punkt, wo wir froh sein können, wenn sich darum Auseinandersetzungen entwickeln.

Die vorgeschlagene Kampagne würde bedeuten den zweiten Schritt vor dem ersten zu

machen. Aktuell brauchen wir Aussagen und Vorschläge zu Themen wie Personalbemessung, zu aktuellen Tarifeinsetzungen, zum Abbau von Leistungen der Kommunen vor dem Hintergrund der Schuldenbremsen, zum Thema Mieten etc. Damit in Verbindung, innerhalb dieser Kämpfe und Diskussionen können und müssen wir antimilitaristisch und antifaschistisch wirken. Der Kampf gegen die 2%-Regelung eignet sich dazu sehr gut.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme in folgender Form:

Zeile 107–114

Die DKP unterstützt die Kampagne der Friedensbewegung „Abrüsten statt Aufrüsten“ gegen die NATO-2%-BIP Aufrüstungsvereinbarung. Parteivorstand und Friedenskommission entwickeln eine Planung der DKP-Aktivitäten zur Unterstützung und Ausweitung der Kampagne. Notwendig ist es dabei, den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und dem weiteren Abbau sozialer und demokratischer Rechte, sowie die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit der Menschen in Europa durch die aggressive NATO-Politik aufzuzeigen.

Begründung:

Die AK sieht in dem Antrag eine Verengung des Klassenkampfes auf die Interessensvertretung in Kommune und Betrieb. Unbestreitbar sind dies wichtige Wirkungsbereiche der DKP. Der Friedenskampf ist aber – wie er im Leitantrag hergeleitet wird und sich im Motto „Für Frieden, Arbeit, Solidarität“ manifestiert – ein eigenständiges Kampffeld, das sich nicht auf einen ausschließlichen (!) Bezug zur Interessensvertretungspolitik in Kommune und Betrieb reduzieren lässt.

Der Friedenskampf hat vielfältige Bestandteile. Er umfasst u.a den Kampf für den Abzug aller ausländischen Truppen vom Gebiet der BRD, für den Abzug der Bundeswehr aus dem Ausland, für ein System der kollektiven Sicherheit unter Einschluss von Russland, für den Austritt der BRD aus der NATO, für die Durchsetzung des Grundgesetzartikels 26.1, gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Die Frage der Abrüstung, ist eine zentrale Frage, die aber nicht allein auf die Gegenüberstellung von Rüstungsausgaben und Sozial- Bildungsausgaben reduziert werden kann, wenngleich die AK – wie die Friedenskommission mit ihrem „Friedensinfo“ auch – diese für einen wichtigen agitatorischen Hebel hält.

Angesichts der nach Verabschiedung des Antrages vom PV entstandenen Kampagne der Friedensbewegung gegen das NATO-2%-Ziel sieht die AK die anstehende Aufgabe der DKP vor allem darin, diese Kampagne zu stärken und darin für ihre Positionen zu werben.

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P022

Antragsteller: KO Münster

Zeilen: 98

Antragstext

Ersetzen von „Flucht und Armut“ durch „Demokratieabbau und Sozialkahlschlag“.

Begründung:

Unsere Politik ist darauf gerichtet, den Zusammenhang zwischen Aggression nach außen und Aggression nach innen, gegen die eigene Bevölkerung, deutlich zu machen und beide Erscheinungsformen der kapitalistischen Aggression zu bekämpfen. Der vorausgehende Satz stellt dies mit Bezug auf das Sofortprogramm dar. Jedoch erfolgt dann hier eine Verengung, da der Begriff Armut innerhalb der Aufzählung eher Assoziationen zur Armut in Krisengebieten und Armut von Flüchtlingen hervorruft als zur Armut im eigenen Land. Natürlich sind die Profiteure von Krieg und Flucht zum größten Teil identischen mit den Profiteuren von Demokratieabbau und Sozialkahlschlag, jedoch macht es durchaus Sinn, dies auch noch einmal explizit zu benennen, anstatt die Problembeschreibung hier einzuschränken. Denn die eingeschränkte

Perspektive ist als Beschreibung unserer Grundlinie nicht ausreichend. Die Begründung für die Hervorhebung der Friedensfrage wird erst im Folgenden mit Bezug auf die konkrete Aufgabe der Partei geliefert.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Ablehnung

Begründung:

Der Originaltext stellt den Zusammenhang zwischen Krieg, Flucht und Armut ausreichend und richtig dar.

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P023

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 103

Antragstext

Ersetze „der NATO-Aggression“ durch „den NATO-Aggressionen“

Begründung:

Es sind leider viele Aggressionen, nicht nur eine.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P024

Antragsteller: KO Münster

Zeilen: 108–112

Antragstext

Ersetzen von „eine Kampagne [...] aufzuzeigen.“ durch „eine Kampagne gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung entsprechend der NATO-Forderung, 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Kriege aufzuwenden. Darin stellen sie den Zusammenhang des notwendigen Friedenskampfes mit den Abwehrkämpfen in Betrieben und Kommunen her.“

Begründung:

Wenn wir in Zukunft verstärkt in Betrieben und Kommunen arbeiten wollen, brauchen wir eine Kampagne, die uns auch dort in unserer Arbeit unterstützt und keinen komplexen und abstrakten Zusammenhang zu erklären versucht. Mit der augenblicklichen Formulierung bleibt völlig unklar, wie die skizzierte inhaltliche Linie in Stadtteilen, Betrieben und Gewerkschaften verfolgt werden soll, da in den folgenden Abschnitten dargestellt wird, dass dort ganz andere Teilforderungen gestellt werden müssen, um Klassenbewusstsein zu entwickeln. Darüber hinaus ist die neue Formulierung durch die Aufteilung in zwei Sätze deutlich besser verständlich.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Ablehnung

Begründung:

s. P021

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P025

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 110

Antragstext

Nach „der NATO-Forderung“ ergänzen: „nach Steigerung der Rüstungsausgaben...“

Begründung:

Die Ursprungsformulierung ist sprachlich schief und ergibt keinen Sinn.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P026

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 113

Antragstext

am Schluss anfügen:

[... wirken] „müssen, um dem Ziel der Stärkung der DKP näher zu kommen.“

Begründung:

Bis jetzt ist es noch keine Zustandsbeschreibung, sondern eine Verpflichtung. Und die Erfahrungen der Wahlkämpfe des letzten Jahres legen nahe, unser öffentliches Auftreten gezielt auf unsere Stärkung hin anzulegen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P027

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 122–136

Antragstext

umstrukturieren:

Satz 5 wird neuer Satz 2 + 3 und wie folgt umformuliert:

„Klassenauseinandersetzungen in Großbetrieben vor allem der materiellen Produktion treffen das Kapital dort, wo in großem Umfang Mehrwert produziert wird; zudem haben sie eine Magnetwirkung auf andere Teile der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Deshalb sind sie von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung des Klassenkampfes.“

Weiter (alter Satz 2, umformuliert) wie folgt:

„Auseinandersetzungen in Bereichen der Öffentlichen Daseinsvorsorge ermöglichen die Verbindung von Interessen der Belegschaften mit den Interessen breiter Bevölkerungsteile“.

Weiter mit Satz 3 + 4 (alt)

Begründung:

Die Auseinandersetzungen um die öffentliche Daseinsvorsorge haben an Bedeutung

zugenommen, u.a. weil sie Einfluss auf das Leben der Arbeiterklasse auch außerhalb der Betriebe haben und neue Zugänge zur Systemfrage eröffnen. Das mindert aber nicht den Stellenwert der Kämpfe in (v.a.) Großbetrieben der materiellen Produktion, den wir hier zu erläutern versuchen und den wir trotz aktueller Entwicklungen nach wie vor für vorrangig halten.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Wir verstehen und teilen die Absicht der Antragsteller, die Bedeutung der betrieblichen Kämpfe in der materiellen Produktion und den industriellen Zentren zu betonen. Die AK hält es aber für politisch falsch einen Gegensatz zwischen den verschiedenen Ebenen (betriebliche –überbetriebliche Kämpfe, materielle Produktion–Dienstleistungen) zu sehen. Auch in der öffentlichen Daseinsfürsorge (Z.B. im Gesundheitswesen, aber auch bei Serviceleistungen von Putzpersonal,etc.) haben wir es zunehmend mit Großbetrieben zu tun. Die Produktion von Mehrwert hat nichts mit dem stofflichen Charakter der erbrachten Leistung der Lohnarbeiter(innen) zu tun, sondern mit der Vermehrung des von den Kapitalisten in Form des Lohnes etc. investierten Kapitals durch die Arbeit der Beschäftigten zu tun, den sich die Kapitalisten in Form des Profits aneignen. Mehrwert wird auch in der nichtmateriellen Warenproduktion generiert.

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P028

Antragsteller: Stuttgart Nord

Zeilen: 129–130

Antragstext

Satz streichen

Begründung:

Wir sollten uns auf den allerersten Schritt konzentrieren.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ablehnung

Begründung:

Die AK hält das für eine künstliche Trennung von ökonomischer Interessensvertretung und politisch-strategischer Einordnung dieser Kämpfe.

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P029

Antragsteller: WG Essen-Frohnhausen-Holsterhausen

Zeilen: 148

Antragstext

Einfügen:

Ziel ist es, in allen Gruppen Aktivitäten an einem Schwerpunktbetrieb zu entwickeln.

Begründung:

Es darf nicht nur bei Überlegungen bleiben. Konkretisierung der Zielstellung an der Stelle.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Ablehnung

Begründung:

Die Formulierung im Originalantrag ist ausreichend.

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P030

Antragsteller: LMV Berlin

Zeilen: 138–161

Antragstext

Die wichtigste Aufgabe ist derzeit die Verankerung der DKP in der Arbeiterklasse zu steigern. Hierzu sehen wir folgende Handlungsfelder:

- Stärkere Konzentration der Parteiarbeit auf Themen der Betriebs-, Gewerkschafts- und Erwerbslosenarbeit.
 - Koordinierung der Tätigkeit von Genossinnen und Genossen in diesem Bereich auf der Ebene des Parteivorstandes und der Landesorganisationen bzw. Bezirke.
 - Stärkere Fokussierung auf die Bildung von Branchenbetriebsgruppen mit dem Ziel wieder Betriebsgruppen aufzubauen.
 - Zentrale Maßnahmen zur Unterstützung bspw. für die Herausgabe von Betriebszeitungen.
 - Schnellere Positionierung zu entscheidenden Themen der Betriebs-, Gewerkschaftsarbeit.
- Zudem sollen Schritte unternommen werden, die den Aufbau einer Erwerbslosenarbeit der DKP ermöglichen.

Begründung:

Die Verankerung der DKP als Partei der Arbeiterklasse sinkt beständig. Vor dem Hintergrund, dass wir insbesondere im Bereich der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit noch über Erfahrungen und – wenn auch minimale – Verankerung verfügen, müssen wir hier den Schwerpunkt legen. Schaffen wir es in den nächsten Jahren nicht, uns hier wieder politische Positionen und Bastionen aufzubauen, werden wir weiter an Einfluss verlieren. Für die Erwerbslosenarbeit gilt es überhaupt erst einmal wieder Positionen und Aktionsmöglichkeiten zu erarbeiten. Durch die Einfügung dieses Absatzes wird auch der Übergang in den Punkt 5. geschaffen.

Anmerkung der AK:

Dieser Antrag war als Änderungsantrag zum Leitantrag eingereicht worden, passt aber inhaltlich zum Antrag des PV zur Parteientwicklung in den Teil 1.1 zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme in veränderter Form:

- Voranstellung dieser als Dauerorientierung zu verstehenden Vorschläge vor die im Pv-Antrag von Zeile 144–161 aufgelisteten Einzelaufgaben.
- Dabei Vermeidung von Dopplungen und Übernahme der Erwerbslosenarbeit auch in die Liste der aktuellen Aufgaben von PV und der Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik in folgender Form:

Ab Zeile 138–161 (bisherige Zeilen):

„Mit dem 21. Parteitag haben wir eine Diskussion um den Neuaufbau von Betriebs- und Branchengruppen begonnen. Alle Bezirke und Landesorganisationen der DKP sind jetzt gefordert, den Fokus auf diese Aufgabe zu richten, den Erfahrungsaustausch von in Betrieben und Gewerkschaften aktiven Genoss(inn)en zu organisieren und konkrete Pläne zu entwickeln.“

Die wichtigste Aufgabe ist derzeit die Verankerung der DKP in der Arbeiterklasse zu steigern. Hierzu sehen wir folgende Handlungsfelder:

- Stärkere Konzentration der Parteiarbeit auf Themen der Betriebs-, Gewerkschafts- und Erwerbslosenarbeit.
- Koordinierung der Tätigkeit von Genossinnen und Genossen in diesem Bereich auf der

- Ebene des Parteivorstandes und der Landesorganisationen bzw. Bezirke.
- Stärkere Fokussierung auf die Bildung von Branchenbetriebsgruppen mit dem Ziel wieder Betriebsgruppen aufzubauen.
- Schnellere Positionierung zu entscheidenden Themen der Betriebs-, Gewerkschaftsarbeit.

Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

- berät mit den Bezirken und Landesorganisationen beschlussorientiert über den Aufbau weiterer Betriebs- und Branchengruppen und über eine mögliche Orientierung der Grundorganisationen auf Schwerpunktbetriebe und führt die bisher gemachten Erfahrungen zusammen.
- organisiert ein Treffen zur Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, für das aus allen Bezirks- und Landesorganisationen möglichst viele TeilnehmerInnen gewonnen werden, die entweder in diesem Bereich aktiv sind oder aktiv werden können.
- organisiert neben dem bundesweiten Branchentreffen Gesundheit ein Branchentreffen für Beschäftigte in der Bildungs- und Erziehungsarbeit
- organisiert zentrale Maßnahmen zur Unterstützung bspw. für die Herausgabe von Betriebszeitungen.
- orientiert auf wichtige Tarifauseinandersetzungen, erarbeitet Positionen dazu und stellt der Partei Öffentlichkeitsmaterialien zur Verfügung.
- unterstützt Genossinnen und Genossen in der Vorbereitung der Betriebsrats- und Organisationswahlen.
- stellt in Zusammenarbeit mit der Branchengruppe Gesundheit der Partei Materialien und eine Handreichung zur Unterstützung der Klinikbeschäftigten in ihrem Kampf um eine gesetzliche Personalbemessung zur Verfügung.
- erarbeitet Orientierungen und Vorschläge für die Wiederaufnahme der Erwerbslosenarbeit
- erarbeitet gemeinsam mit der Bildungskommission und der Karl-Liebknecht-Schule Seminar und Schulungsangebote für Aktivisten und Multiplikatoren in der Betriebs und Gewerkschaftsarbeit.

Begründung:

Bessere Unterscheidung von dauerhaften Aufgaben und Umsetzungsmaßnahmen in der nächsten „Amtsperiode“.

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P031

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 145–148

Antragstext

(Spiegelpunkt 1) neu fassen wie folgt:

„... berät mit den Bezirken und Landesorganisationen beschlussorientiert über den Aufbau weiterer Betriebs- und Branchengruppen und über die Möglichkeiten der Orientierung der Grundorganisationen auf Schwerpunktbetriebe und führt die bisher gemachten Erfahrungen zusammen.“

Begründung:

Die Beratungen sollten beschlussorientiert und nicht ergebnisoffen sein und nicht auf eine „mögliche“ Schwerpunktsetzung (kann getroffen werden oder nicht), sondern (bei klarer positiver Vorentscheidung) auf die verschiedenen Möglichkeiten dieser Schwerpunktsetzung gerichtet sein.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt bei Annahme der Empfehlung der AK zu P030

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P032

Antragsteller: Stuttgart Nord

Zeilen: 149

Antragstext

ergänzen:

„Auf den Treffen gibt es Möglichkeiten zu branchenspezifischem Austausch.“

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

erledigt mit Annahme der Empfehlung zu P030

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P033

Antragsteller: Stuttgart Nord

Zeilen: 155

Antragstext

ergänzen:

„orientiert rechtzeitig schon in Vorbereitung der Forderungsdiskussion ...“

Begründung:

Wir sollten die gesamte Tarifrunde nutzen um unsere Positionen einzubringen. Hier besteht die Möglichkeit sich innerhalb der gewerkschaftlichen Diskussion besser einzubringen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P034

Antragsteller: WG Darmstadt-Bergstraße

Zeilen: nach 156

Antragstext

- leitet an und unterstützt die Gruppen beim Aufbau von Betriebs- und Sammelbetriebszeitungen, insbesondere durch einen bundesweiten Artikeldienst, Layoutvorlagen und eine Austauschplattform. Zielstellung ist, dass jede Gruppe regelmäßig Materialien an ihrem Schwerpunktbetrieb verteilt.

Begründung:

Wir müssen ran an die Arbeiterklasse. Es muss für uns wieder selbstverständlich werden, unsere Materialien vor Betrieben zu verteilen. Betriebs- und Sammelbetriebszeitungen sind das entscheidende Mittel, um Diskussionen in die Betriebe zu tragen. Der Idealzustand sind sicherlich Zeitungen, die auf einzelne Betriebe zugeschnitten sind und so spezifisch betriebliche Themen und Kämpfe aufgreifen können. Dieser Idealzustand ist aber nur erreichbar, wenn es Betriebsgruppen gibt, die kontinuierlich an einem Betrieb politisch arbeiten. Um dorthin zu kommen müssen wir verstärkt an Betrieben wirken und mit Kollegen über unsere Zeitungen ins Gespräch kommen. Der Schritt eine Betriebszeitung herauszugeben scheint jedoch größer und schwerer zu sein, als sich an einer Wohngebietszeitung zu versuchen. Daher sollte den

Gruppen dieser Schritt so leicht wie möglich gemacht werden. Ein bundesweiter Artikeldienst, der relevante Themen und Kämpfe aufgreift (bspw. Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz, Grundsätzliche Artikel zum Thema AZV, Berichte über Arbeitskämpfe, Enthüllungen über besonders drastische Arbeitsbedingungen) soll den Gruppen den Einstieg erleichtern. Der erste Schritt könnte eine Austauschplattform für die existierenden Betriebszeitungen sein, so dass Artikel nicht zweimal geschrieben werden müssen. Dies müsste von der B&G Kommission angeleitet und koordiniert werden.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Eerledigt durch Annahme der Empfehlung zu P030

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P035

Antragsteller: WG Friedrichshain-Kreuzberg

Zeilen: 162

Antragstext

Der 22. Parteitag möge beschließen in Zeile 162 unter dem Überpunkt „Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“ als Spiegelstrich zu ergänzt:
„berät inwiefern Genossinnen und Genossen außerhalb von Großbetrieben eine Handlungsorientierung zur betrieblichen Arbeit im Sinne der allgemeinen Stärkung der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse an die Hand gegeben werden kann.“

Begründung:

Nicht einmal die Hälfte alle Lohnabhängigen arbeitet heute noch in einem tarifgebundenen Unternehmen. Viele junge Menschen hängen in Leiharbeit, Praktika, Werkverträgen, befristeter Beschäftigung, wurden outgesourced usw. Betriebsräte, eine existente Gewerkschaftsarbeit, Streiks kennen sie nicht. Die hohe reale und verschleierte Erwerbsarbeitslosigkeit kommt hinzu. Dies betrifft auch viele Genossinnen und Genossen. Eine reine Orientierung auf Großbetriebe/große Schwerpunktbetriebe geht dabei an der Realität vieler Teile der Arbeiterklasse und unserer Genossinnen und Genossen vorbei. Die IG Metall spricht von 20,65 Euro Tariflohn in der Metallbranche, für viele Teile der Arbeiterklasse ein unerreichbarer Traum.

Die politische Arbeit in den Betrieben des Monopolkapitals ist zwar die entscheidende um den Teil der Arbeiterklasse zu organisieren, der die entscheidenden Hebel als revolutionäres Subjekt in den Händen hält, vernachlässigt aber einen nicht unerheblichen Teil und sorgt so auch mit dafür, dass wir als Partei „die Rolle des Kommentatoren“ (Z. 75 d. Antrages) einnehmen.

Die Streiks der Reinigungsfachkräfte oder aktuelle internationale Bewegungen in der Branche der Lieferdienste zeigen, dass Streiks auch über Betriebe und formale Vereinzelung hinweg organisierbar sind. Aus diesen Erfahrungen sollten wir lernen und auch Genossinnen und Genossen in Kleinst-, Klein- und mittelständischen Unternehmen bzw. in sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnissen Möglichkeiten für betriebliche Arbeit aufzeigen.

Darüber hinaus funktioniert ein erfolgreicher und kritischer Austausch über betriebliche Arbeit zwischen Wohngebiets und Stadtteilgruppen auf der einen und Betriebs- und Branchengruppen auf der anderen Seite sicher qualifizierter, wenn die Betriebsarbeit nicht nur bei den Betriebs- und Branchengruppen angesiedelt ist.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P036

Antragsteller: WG Darmstadt-Bergstraße

Zeilen: nach 162

Antragstext

- organisiert in Zusammenarbeit mit der Bildungskommission zentrale Seminare zur Schulung von Anleitern und Aktiven in Betrieb und Gewerkschaft, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:
- Aufgabe von Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaft und Rolle der Gewerkschaften im Klassenkampf
- Dialektik des gewerkschaftlichen und betrieblichen Kampfes (Einbindung ins System über Stellvertreterpolitik und Sozialpartnerschaft vs. Selbstorganisation der Arbeiterklasse für den Klassenkampf)
- Analyse aktueller Gewerkschaftspolitik und des Einflusses der Ideologie der Sozialpartnerschaft in Betrieben und Gewerkschaften
- Aufgabe kommunistischer Betriebszeitungen

Begründung:

Um in Betrieb und Gewerkschaft aktiv zu sein bedarf es ideologischer Grundlagen und eines starken Kollektivs. Da die betrieblichen und auch die gewerkschaftlichen Gremien als Stellvertretergremien angelegt sind, ist die Gefahr der Einbindung in diese Strukturen groß, wenn die ideologische Festigkeit und das Korrektiv in der kommunistischen Grundorganisation fehlen. Daher muss die Fokussierung auf B&G von gezielter Schulungsarbeit sowohl für die Aktiven als auch für die Anleiter in Bezirken, Kreisen und Grundorganisationen begleitet werden. Zielstellung der Seminare muss sein, Betriebsaktive auf die Fallstricke der B&G Arbeit vorzubereiten und die besondere Aufgabe der Kommunisten im Betrieb herauszuarbeiten (Organisierung und Aktivierung der Klasse).

Gleichzeitig bedarf es einer Analyse der in Betrieb und Gewerkschaften vorherrschenden Ideologie und des Bewusstseinsstands der Arbeiterklasse, insbesondere des organisatorischen und ideologischen Einflusses des Sozialdemokratismus und der Sozialpartnerschaft. Hier müssen wir herausarbeiten, wie am Bewusstseinsstand angesetzt werden kann und wo es Möglichkeiten gibt, klassenkämpferische Positionen und Aktivitäten in den Gewerkschaften zu verbreiten.

Unser wichtigstes Mittel, um ideologisch in die Betriebe zu wirken sind kommunistische Betriebs- bzw. Sammelbetriebszeitungen. Die Erfahrungen, die es hierzu in der DKP gibt, müssen ausgewertet und systematisiert werden. Ein Seminar zur Aufgabe von Betriebszeitungen (Enthüllungen, Kampferfahrungen, Schüren von Klassenhass & propagandistische Elemente) und Hilfestellung zur Gestaltung ist daher notwendig, um die Grundorganisationen auf diese neue alte Aufgabe vorzubereiten.

Die hier aufgeworfenen Fragestellungen sind sicher nicht erschöpfend. Weitere Themen werden sich ergeben, wenn wir in diesem Themenfeld wieder mehr Erfahrungen sammeln und diese kollektiv auswerten.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt durch Annahme der Empfehlungen zu P030

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P037

Antragsteller: WG Essen-Frohnhausen-Holsterhausen

Zeilen: 178–181

Antragstext

Umformulierung von „Der Parteivorstand...“ bis „...diskutiert.“

Der Parteivorstand gründet eine Kommission „Kommunalpolitik“, die auf der Grundlage einer Analyse der Angriffe des Monopolkapitals auf die Kommunen Schwerpunktthemen für die kommunalpolitische Arbeit der DKP entwickelt.

Begründung:

Ist konkreter formuliert und nicht so vage.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P038

Antragsteller: WG Nürnberg

Zeilen: 178–184

Antragstext

Der Parteivorstand bildet eine Kommission Kommunalpolitik, die sich zunächst einen Überblick über die Angriffe des Monopolkapitals in der Kommune verschafft und davon ausgehend Schwerpunkte ihrer Arbeit diskutiert. Dabei kommt Schnittstellen zwischen unserer Kommunal- und Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, die zum Beispiel im Kampf um den Erhalt und den Ausbau der Öffentlichen Daseinsvorsorge auf der Hand liegen, eine besondere Bedeutung zu.
NEU:

Der Parteivorstand bildet eine Kommission Kommunalpolitik, die sich zunächst einen Überblick über die Angriffe des Monopolkapitals in den Kommunen verschafft. Betrachtet werden die Abwälzung der Krisenlasten auf Städte und Gemeinden durch Bund- und Landesregierungen, der Stand realer kommunalpolitischer Probleme und außerparlamentarischer Bewegungen. Hiervon ausgehend entwickelt die Kommission Schwerpunkte und organisiert einen kollektiven Austausch zwischen den Aktiven und koordiniert die politische Arbeit. Dabei kommt Schnittstellen zwischen unserer Kommunal- und Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, die zum Beispiel im Kampf um den Erhalt und den Ausbau der Öffentlichen Daseinsvorsorge auf der Hand liegen, eine besondere Bedeutung zu.

Begründung:

„Angriffe des Monopolkapitals“ finden in den Kommunen i. d. R. vermittelt über den gegliederten Staat statt (Siehe Leitantrag III.8). Darüber hinaus erscheint zum Beispiel „beim Kampf ums Teewasser“ das Monopolkapital und/oder der Stamokap meist überhaupt nicht per se, sondern als unsere Aufgabe, Zusammenhänge dazu herzustellen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P039

Antragsteller: KO Münster

Zeilen: 181

Antragstext

Ergänzung nach „diskutiert.“: „Sie arbeitet dabei insbesondere auch mit jenen Bezirken und Landesverbänden zusammen, in denen in den nächsten zwei Jahren Kommunalwahlen anstehen, um diese im Wahlkampf zu unterstützen.“

Begründung:

Die letzten Wahlkämpfe haben gezeigt, dass Wahlkämpfe die Parteigruppen nach vorne bringen können, aber auch sehr kräftezehrend sind. Eine Zusammenarbeit kann die einzelnen Gruppen, Bezirke und Landesverbände entlasten und uns darin unterstützen, die Wahlen effektiv zu nutzen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P040

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 208

Antragstext

am Ende anfügen:

„... bzw. ihre Unterstützung erfordert.“

Begründung:

Stadt- und Wohngebietsgruppen müssen nicht nur einbezogen werden, wenn sie für die Neugründung einer Betriebs- bzw. Branchengruppe mitgliedermäßig „bluten“ müssen, sondern auch weil danach (ob zeitweilig oder dauerhaft) deren Unterstützung (z. B. in der Öffentlichkeitsarbeit) notwendig sein wird.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P041

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 241–243

Antragstext

neu fassen wie folgt:

„Bezirks- und Landesvorstände, Kreise und Gruppen sind aufgefordert, sich in regelmäßigen Abständen auf Versammlungen mit der UZ und ihrem Online-Auftritt zu befassen und dazu Vertreter(innen) von UZ-Redaktion und/oder Verlag einzuladen..“

Begründung:

1. Ein wenig mehr Verbindlichkeit und Regelmäßigkeit halten wir für sinnvoll.

2. Es muss ja nicht unbedingt die ganze Redaktion oder der ganze Verlag sein.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme in leicht veränderte Form:

„Bezirks- und Landesvorstände, Kreise und Gruppen sind aufgefordert, sich in regelmäßigen Abständen auf Versammlungen mit der UZ und ihrem Online-Auftritt zu befassen und dazu Vertreter(innen) von UZ-Redaktion und/oder Verlag einzuladen, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten dem Folge leisten sollen.“

Begründung:

UZ-Vertreter(innen) werden nicht an allen Versammlungen dieser Art teilnehmen können.

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P042

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 259–260

Antragstext

neu fassen wie folgt:

„Jede Gruppe sucht in ihrem Wirkungsgebiet einen Betrieb oder ein Wohngebiet, wo regelmäßig DKP-Material verteilt oder gesteckt wird.“

Begründung:

„Sollte“ (wie im ursprünglichen Text) ist eine Kann-Bestimmung. Die können wir uns aber nicht mehr leisten. Jede Gruppe, soweit sie nicht gerade auf einer Raumstation existiert, hat in ihrem Umfeld mit Sicherheit einen Betrieb oder ein Wohngebiet, wo sie entweder schon Öffentlichkeitsarbeit betreibt oder aber ggf. erste Schritte aus der Isolation heraus gehen kann (und dann mit ziemlicher Sicherheit feststellen wird, dass öffentliches Auftreten ihr guttut).

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P043

Antragsteller: Sammelbetriebsgruppe „Bildung“, Bezirk Hamburg

Zeilen: 268–277

Antragstext

Der gesamte Text zum Abschnitt „2. Grundorganisationen stärken, Online-Medien, Zeilen 268–277“, wird ersetzt durch folgenden Text:

Der Bereich des Internets ist für uns neben unseren Printmedien wesentlicher Bestandteil unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist es an der Zeit, diesen Bereich sichtbar weiterzuentwickeln und zu optimieren mit dem Ziel

- die Genossinnen und Genossen, sowie
 - Außenstehende, Interessierten und Sympathisanten der Partei
- zu informieren und ihnen einen Überblick über die Arbeit der gesamten Partei mit ihren

Gliederungen und Arbeitsbereichen, sowie auch ggf. eine Diskussionstribüne zu geben.

Der Aspekt der Mitgliedergewinnung ist dabei von besonderer Bedeutung.

Zur Steigerung der Attraktivität (schließt eine leichte Lesbarkeit mit ein) sind folgende Maßnahmen einzuleiten:

1. Inhaltliche Übersichtlichkeit:

Es gibt nur die Internetseite „dkp.de“.

Über diese Hauptseite gelangt man zu den Unterseiten (PV, Bezirke/Landesorganisationen, Kreise und Gruppen), sowie zur uz-Seite, Neue-Impulse-Verlag, etc.

Die Unterseiten

- haben alle die gleiche Struktur, wobei die übersichtliche Gestaltung die Orientierung erleichtert
- werden inhaltlich von den entsprechenden Gliederungen/Ebenen/Bereichen gefüllt, soweit von ihnen gewünscht.

2. Gestalterische Übersichtlichkeit:

- Attraktivität
- Professionalität

zeigen sich in

- (visueller) Einheitlichkeit aller Seiten (Haupt- und Unterseiten) in festen und variablen Text- und Bildflächen, in Schrift und der Handhabung.

3. Technische Merkmale:

- Die Internetseite „DKP.de“ wird nicht nur für Personalcomputer sondern auch für Tablettrechner und Mobiltelefone programmiert.
- Die Website wird individuell konzipiert und nicht aus einem Baukasten-System entwickelt.
- Die einzelnen Unterseiten sind ohne Programmierkenntnisse aktualisierbar.
- Cookies, die angeblich zur Optimierung einer Internetseite dienen sollen, werden nicht eingesetzt, ebenso, aus Gründen der Sicherheit, die Multimediasoftware „Flash“.
- Die DKP-Webseiten sind grundsätzlich „sichere“ Seiten (<https://dkp.de>)

4. Personelle Umsetzung:

Der Parteivorstand beruft eine Arbeitsgruppe von 3–5 fachkundigen Genossinnen und Genossen,

die zwei umsetzungsfähige Vorschläge vorlegt, von denen einer realisiert wird.

5. Weitere Arbeit im Internet:

Zur Arbeit mit Online-Netzwerken wie „facebook“, „Twitter“ oder „youtube“

organisiert der Parteivorstand Workshops für interessierte Genossinnen und Genossen, sowie Öffentlichkeitsverantwortliche.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme der Intention, Übernahme eines Hauptgedankens und Weiterleitung als Arbeitsmaterial an den PV

Einfügung nach Zeile 270 in folgender Form:

Zur Steigerung der Attraktivität muss die inhaltliche Übersichtlichkeit sowohl der/des zentralen Internetauftritte(s) verbessert und das gesamte Erscheinungsbild von PV/Bezirken/Kreisen optisch und inhaltlich besser miteinander abgeglichen und umgestaltet werden.

Begründung:

Der Antrag ist gut geeignet als Vorschlag für ein Arbeitspapier der Kommission Öffentlichkeitsarbeit. Er sprengt mit seinem Umfang und seiner detaillierten Auflistung jedoch den Rahmen und Charakter des Antrages. Durch Hinzufügung des einen Hauptgedankens an Zeile 270 wird den Absichten der Antragsteller am effektivsten gedient.

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P044

Antragsteller: WG Nürnberg

Zeilen: 275–277

Antragstext

Der Parteivorstand organisiert Workshops zur Arbeit mit dem Internet und Facebook. Bezirke, Landesorganisationen, Kreise und Gruppen setzen sich das Ziel, eigene Homepages – mindestens Visitenkarten mit Kontaktmöglichkeit im Netz – zu haben und zu pflegen und, wo möglich, eine Facebook-Präsenz abzusichern.

NEU

Der Parteivorstand organisiert Workshops zur Arbeit mit dem Internet und Facebook.

Der PV organisiert eine zentrale Bereitstellung der Homepages und deren einheitliches Design.

Bezirke, Landesorganisationen, Kreise und Gruppen setzen sich das Ziel diese Homepages inhaltlich zu füllen – mindestens Visitenkarten mit Kontaktmöglichkeiten im Netz –, zu pflegen und, wo möglich, eine Facebook-Präsenz abzusichern.

Begründung:

Ein einheitliches Design und deren einmalige Bereitstellung ist eine enorme Arbeitserleichterung für alle Bezirke, die noch keine Homepage haben, und wirkt besser.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt durch Annahme der Empfehlung zu P043

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P045

Antragsteller: WG Nürnberg

Zeilen: 289–290

Antragstext

Die Gruppen prüfen die Abo-Listen der UZ und führen Sympathisantenlisten und laden AbonnentInnen und SympathisantInnen regelmäßig ein.

NEU

Die Gruppen führen Sympathiesantenlisten und laden diese regelmäßig ein. Daneben wird über die UZ für Veranstaltungen geworben.

Begründung:

Die vorherige Zielsetzung ist datenrechtlich mindestens hochproblematisch. Über die UZ-Termine werden die Abonnentinnen erreicht.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P046

Antragsteller: Betriebsaktiv München

Zeilen: 301

Antragstext

In der Zeile 301

Einfügen eines neuen Punktes: „Februar 2019: Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz“

Begründung:

Zentrale Veranstaltungen und gemeinsame Aktionen stärken die Ausstrahlung der DKP insgesamt. Die Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz sind seit Jahrzehnten wichtiger Bestandteil der Antikriegsbewegung. Auf der offiziell privaten Konferenz, die von der Bundesregierung subventioniert, von Konzernen gesponsort und durch die Bundeswehr bewacht wird, treffen Vertreter von großen Rüstungsunternehmen, Militärstrategen und Politikern aufeinander. Sie dient dem deutschen Imperialismus als eine Tribüne, seine Interessen und seine Strategie medial zu präsentieren. Die DKP beteiligt sich seit Jahrzehnten an dem breiten Bündnis, das die Proteste organisiert. Auch überregional spielen diese Proteste eine große Rolle. Aus mehreren anderen Bezirken reisen regelmäßig Genossinnen und Genossen zu den Protesten an. Die Proteste sollten bekannter in der gesamten Partei werden und – ähnlich wie die Antikriegsproteste in Büchel und Ramstein – eine wichtige Rolle in der Außendarstellung der DKP spielen.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme: Der Begriff „Sicherheitskonferenz“ wird durch „NATO-Sicherheitskonferenz“ ersetzt.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P047

Antragsteller: WG Nürnberg

Zeilen: 305–309

Antragstext

In der Bildungsarbeit geht es heute in erster Linie darum, Grundlagen unserer Weltanschauung in der Breite der Partei zu vermitteln. Unsere Mitglieder brauchen ideologisches Rüstzeug, um die Prozesse draußen zu verstehen, unsere Analysen und Erkenntnisse weiter zu vermitteln, Politik und Praxis zu entwickeln und auch an der Entwicklung der Gesamtpartei mitzuwirken.

NEU

In der Bildungsarbeit geht es heute in erster Linie darum, Grundlagen unserer Weltanschauung in der Breite der Partei zu vermitteln. Unsere Mitglieder brauchen ideologisches Rüstzeug, um die gesellschaftlichen Entwicklungen einzuordnen und zu verstehen, unsere Analysen und Erkenntnisse weiter zu vermitteln, Politik und Praxis zu entwickeln und auch an der Entwicklung der Gesamtpartei mitzuwirken.

Begründung:

Welches „draußen“ ist das?

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P048

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 307

Antragstext

Streichen: „die Prozesse draußen“, ersetzen durch: „ökonomische und politische Entwicklungen“

Begründung:

Die ursprüngliche Formulierung „die Prozesse draußen“ legt den Schluss nahe, wir befänden uns in einer sozialistischen Wärmestube oder in einer Klosterzelle. Wir wollen aber doch die Welt erkennen, Gesetzmäßigkeiten ableiten, Interessenlagen analysieren und daraus unser Eingreifen, also: kommunistische Politik entwickeln. Und dafür brauchen wir marxistische Bildungsarbeit.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Erledigt durch Annahme der Empfehlung zu P047

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P049

Antragsteller: WG Friedrichshain-Kreuzberg

Zeilen: 316

Antragstext

Der 22. Parteitag möge beschließen in Zeile 316 zu ergänzen:

„Dabei wird versucht die Bildungsmaterialien so zu gestalten, das gewonnene Wissen mit aktuellem Praxisbezug anzuwenden.“

Begründung:

Der Zusammenhang theoretischer Bildung und der daraus entstehenden praktischen Konsequenzen, bzw. deren praktischer Nutzen ist in Teilen nicht immer klar. Daher wird angestrebt zur besseren Akzeptanz und damit einer mittelfristigen Stärkung des Bildungswunsches bereits in der Konzeption von Bildungsmaterialien den Praxisbezug stärker einzuplanen. Dies kann zum Beispiel durch entsprechende Fragen zur freien Diskussion am Ende eines Papieres passieren.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P050

Antragsteller: Betriebsaktiv München

Zeilen: 345–349

Antragstext

In den Zeilen 345–349

Überschrift „für EinsteigerInnen“ streichen

Zeile 345 vor Mitglieder das Wort „neue“ streichen.

Zeile 349: „nach Möglichkeiten“ streichen. Nach Grundorganisationen einfügen „oder den Kreisen“.

Begründung:

Wir sind der Meinung, dass sich alle Mitglieder mit dem Manifest und insbesondere mit dem Text „Kommunisten heute“ von Hans Heinz Holz auseinandersetzen sollten, da wir davon ausgehen, dass es die Mehrheit der Mitglieder in den letzten Jahren nicht getan hat. Deshalb streichen wir die Worte „für EinsteigerInnen“ und „neue“. Ferner sind wir der Meinung, dass alle Gruppen in der Lage sein sollten, einen Lesezirkel durchzuführen, wenn hierzu ein Leitfaden vorliegt.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme mit Änderung:

Das Wort „neue“ nicht streichen, dafür nach Sympathisanten einfügen „- und auf Wunsch und bei Bedarf auch für ältere Mitglieder – „

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P051

Antragsteller: WG Tempelhof-Schöneberg

Zeilen: nach Zeile 350

Antragstext

In den zweiten Antrag des Parteivorstandes an den Parteitag, der auf die organisationspolitische Stärkung der DKP zielt, ist in das Kapitel 2 „Die Grundorganisationen stärken“ der folgende Abschnitt 2.3. neu einzufügen:

(Alltags)kulturelle Zusammenhänge entwickeln

Sich künstlerisch auszudrücken oder sich körperlich zu bewegen und sich dabei mit anderen Menschen auszutauschen gehört zu den Grundformen menschlichen Lebens. Im Kapitalismus dagegen werden solche grundlegenden Bedürfnisse auf ihre kapitalistische Verwertbarkeit zugerichtet und reduziert. Wir erleben die zunehmende Vereinzelung von Menschen und ihren Ausschluss von der Teilnahme an kulturellen Aktivitäten.

Wir hingegen streben an, für uns und andere ein kulturelles Milieu und Umfeld zu entwickeln, wo wir unsere humanistischen und sozialistischen Werte und Ideen leben und weiterentwickeln. Aus unseren Grundorganisationen heraus und über unsere Grundorganisationen hinaus können die Genossinnen und Genossen in künstlerischen Zusammenschlüssen wie Chören, Künstlergruppen, Schreibzirkeln, in Sport-, Wander- oder Naturschutzgruppen usw. aktiv werden, um das Verständnis für eine sozialistische Welt zu fördern. Beim Aufbau einer anti-kapitalistischen Gegenkultur ist es aber sinnvoll und unabdingbar, dass die Genossinnen und Genossen ihre Aktivitäten in ihren Grundorganisationen besprechen und reflektieren, damit sie ihre Erfahrungen im Hinblick auf die Entwicklung kommunistischer Kultur und Politik auswerten können und sie sich nicht in anderen Zusammenhängen verlieren. Andererseits erweitert sich durch eine solche Rückkopplung der kulturelle und politische Horizont der Grundorganisationen.

Empfehlung der AK:

Annahme in veränderter Form im Anschluss an Zeile 219:

Auch im Bereich der Kulturarbeit der DKP drohen wichtige und positive Erfahrungen zu schwinden. Nach unserem materialistischen Menschenbild gehört ein kulturvolles Leben, die Entwicklung eigener künstlerischer Fähigkeiten, die Aneignung des kulturellen Erbes – nicht nur der Arbeiterbewegung und proletarischen Kultur – sondern insgesamt, gehört die Verbindung von Arbeit, Politik, Kunst, Sport und Kultur zur Entwicklung kommunistischer Persönlichkeiten. Die Ausstrahlung und Massenwirksamkeit der Grundorganisationen und der DKP insgesamt

erfordert, dass wir uns wieder diesen Quellen der Bereicherung unseres Lebens bewusst werden und diese kollektiv nutzen.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P052

Antragsteller: WG Essen-Frohnhausen-Holsterhausen

Zeilen: 374–377

Antragstext

Ersetzen durch:

Die Jugendkommission leitet die Bezirke und Landesorganisation hinsichtlich der Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der SDAJ an. Grundlage dafür ist der bereits erarbeitete Maßnahmenkatalog.

Begründung:

Wir haben die Vorhaben der bisherigen zentralen Jugendpolitischen Ratschläge noch nicht flächendeckend umgesetzt. Eine weitere Beratung birgt die Gefahr erneut viele gute Vorhaben und Ideen zu produzieren, die dann aber mangels Zeit und Kraft Ideen bleiben. Stattdessen sollte die Diskussion um die konkrete Zusammenarbeit stärker regionalisiert werden.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme als erster zusätzlicher Spiegelstrich nach Zeile 373 in folgender Form:

- leiten die Bezirke und Landesorganisation hinsichtlich der Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der SDAJ an. Grundlage dafür ist der bereits erarbeitete Maßnahmenkatalog.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P053

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 381

Antragstext

Streichen: „die Position“, ersetzen durch: „„die Position“ „

Begründung:

Redaktionell/selbsterklärend (Eigenname)

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme mit Änderung: „die Position“ ersetzen durch „ ,die Position“ “

Begründung:

Die Zeitung heißt „Position“

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P054

Antragsteller: KO Hamm-Hellweg

Zeilen: 390

Antragstext

neuen (4.) Spiegelpunkt einfügen:

„... suchen gezielt die Zusammenarbeit mit der SDAJ auf den Gebieten Betriebs- und Gewerkschaftspolitik bzw. Wirtschafts- und Sozialpolitik.“

Begründung:

Unsere Arbeitsgebiete Betriebs- und Gewerkschaftspolitik bzw. Wirtschafts- und Sozialpolitik bzw. der Bereich Arbeiterjugendpolitik der SDAJ sind – gerade mit Blick auf die Zukunft beider Organisationen – das wichtigste Feld der Zusammenarbeit mit der SDAJ.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P055

Antragsteller: WG Nürnberg

Zeilen: 392–396

Antragstext

Die Gruppen

- organisieren gemeinsam mit der SDAJ öffentliche Veranstaltungen zum Buch, das die SDAJ zu ihrem 50. Geburtstag herausgibt.
- diskutieren, wenn möglich mit Vertretern der SDAJ aus der Region, wie die SDAJ vor Ort unterstützt werden kann. Insbesondere wird versucht, neue SDAJ-Gruppen zu gründen.

NEU

Die Gruppen

- prüfen gemeinsam mit der SDAJ öffentliche Veranstaltungen zum Buch, das die SDAJ zu ihrem 50. Geburtstag herausgibt, zu organisieren.
- diskutieren, wenn möglich mit Vertretern der SDAJ aus der Region, wie die SDAJ vor Ort unterstützt werden kann.

Begründung:

Die Gründung neuer SDAJ-Gruppen kann nicht Aufgabe der DKP sein.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Annahme mit Änderung:

Insbesondere wird versucht, die Neugründung von SDAJ-Gruppen zu unterstützen.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P056

Antragsteller: WG Essen-Frohnhausen-Holsterhausen

Zeilen: 395–396

Antragstext

Formulierung ändern

„...unterstützt werden kann, auch bei der Gründung neuer SDAJ-Gruppen.“

Begründung:

Die Formulierung impliziert, dass die DKP neue SDAJ-Gruppen gründet. Das kann nicht unsere Aufgabe sein, es geht vielmehr auch dabei um eine Unterstützung der SDAJ.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

erledigt durch Annahme der Empfehlungen zu P055

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P057

Antragsteller: WG Essen-Frohnhausen-Holsterhausen

Zeilen: 443–446

Antragstext

ersatzlos streichen „Wir mussten...“ bis „...organisiert wurden.“

Begründung:

Wir wissen, dass wir einiges nicht geschafft haben, das muss in dieser Form nicht auch noch beschlossen werden. Damit erreichen wir nicht, dass Beschlüsse nicht in der Schublade verschwinden.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission: Annahme

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT

Antrag Nr. P058

Antragsteller: WG Essen-Frohnhausen-Holsterhausen

Zeilen: 449

Antragstext

Ergänzung in Zeile 449:

„Auf Gruppen,- Kreis- und Bezirksebene und im Parteivorstand muss regelmäßig eine Beschlusskontrolle durchgeführt werden. Diese kann nur erfolgen, wenn sich alle Ebenen entsprechende Arbeitspläne geben, in denen die Aufgaben und Maßnahmen aufgeführt sind.“

Begründung:

Ohne eine Beschlusskontrolle taugen die besten Beschlüsse nicht. Sie muss wieder selbstverständlicher Teil unserer Arbeit werden.

Empfehlung der vorläufigen Antragskommission:

Ergänzung Zeile 449 ... Bilanz und sichert eine entsprechende Beschlusskontrolle.

Begründung:

Ergebnis der Abstimmung auf dem PT



**MARXISTISCHE
BLÄTTER** ★ Seit 1963 ★
www.marxistische-blaetter.de

Wir sind Marx

- ★ Zweimonatszeitschrift
»*Marxistische Blätter*«
als Print, eBook (auf allen üblichen Plattformen)
und bald auch als Digital-Abo
- ★ Bücher für die marxistische
Bildungsarbeit (auch als eBooks)
- ★ **MASCH-Skripte**
- ★ **Digitalarchive** auf USB-Stick
- ★ Internet-Shop
»Lieferservice für **Lesende Linke**“



www.neue-impulse-verlag.de

 facebook.com/MarxBlaetter

UZ-Dokumentationen

Mit den UZ-Dokumentationen ergänzt und vertieft die Wochenzeitung UZ ihr Informationsangebot zu aktuellen politischen Themen und zu Fragen der Geschichte. Sie erscheinen im einheitlichen A5-Format und stehen den AbonnentInnen der UZ auch online auf www.unsere-zeit.de kostenlos als download zur Verfügung.



„50 Jahre DKP“

Die Konstituierung der DKP. Mit Chronik, Zeitzeugenaussagen und verschiedenen Dokumenten

84 Seiten, DIN A5

NEU!



„30 Stunden sind genug“

Mit Beiträgen von: Peter Köster (DKP), Margareta Steinrück (ATTAC), Robert Schadowsky (IG Metall), Tobias Michel (ver.di), Rainer Perschewski (EVG)

36 Seiten, DIN A5

NEU!



„Die Wohnungsfrage ist eine Klassenfrage“

Wohnungs- und mietenpolitische Positionen der DKP

2. überarbeitete Auflage

64 Seiten, DIN A5



„Kommunisten und Gewerkschaften“

Grundlagen und aktuelle Herausforderungen

44 Seiten, DIN A5



„KPD-Verbot und politische Justiz“

Aus Anlass des 60. Jahrestages des Urteils gegen die KPD

2. überarbeitete Auflage

64 Seiten, DIN A5



„Tag der Befreiung vom Faschismus“

Rolle und Aufgaben der Kommunistischen Partei im antifaschistischen Kampf damals und heute

56 Seiten, DIN A5



„Einheit in der Vielfalt“

Gespräche mit 19 Kommunistischen Parteien Europas zu wichtigen Fragen unserer Zeit

60 Seiten, DIN A5



„Gegen imperialistische Kriege“

Vier-Parteien-Konferenz zur Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren

64 Seiten, DIN A5

Je 3,- € plus Porto – Jetzt bestellen!

www.unsere-zeit.de • www.uzshop.de
E-Mail: info@unsere-zeit.de • Tel.: 0201 17788923